



Bericht des Stadtrates zu den hängigen Vorstössen 2025

Departement Finanzen Wirtschaft Sicherheit

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Antrag GPK betreffend Badi Sand, Erneuerung Badtechnik: Erstellung eines Gesamtkonzeptes für die Investitionen in die Bäderwelten Obere Au inklusive die Badi Sand	18.11.2021	16.12.2021	Gestützt auf den Stadtratsbeschluss SRB.2022.389 vom 3. Mai 2022 zum <i>Masterplan Obere Au – Projektauftrag Bäderstudie</i> wird ein Gesamtkonzept Bäderwelten Obere Au – inklusive der Badi Sand – entwickelt. Die Arbeiten zur künftigen Nutzung der Badi Sand sowie des Hallenbads Obere Au erfordern jedoch mehr Zeit als ursprünglich vorgesehen. Für die Badi Sand haben erste Vorabklärungen ergeben, dass eine Sanierung der bestehenden Technik finanziell kaum tragbar und wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Zudem bieten die heutigen Räumlichkeiten nicht ausreichend Platz für eine neue technische Infrastruktur, was bauliche Massnahmen erforderlich machen würde. Im Auftrag des Stadtrates werden verschiedene Varianten für den zukünftigen Betrieb der Badi Sand geprüft – vom Erhalt des Status quo über eine Sanierung oder Abgabe an Dritte bis hin zu Umnutzung oder Schliessung. Parallel dazu sind bei der Stadt mehrere Anfragen privater Initianten eingegangen, die alternative Nutzungen betreffen und noch vertieft geprüft werden müssen. Gleichzeitig wurde eine Machbarkeitsstudie für das Hallenbad Obere Au erarbeitet. Diese umfasst sowohl Varianten für eine umfassende Sanierung als auch für einen möglichen Ersatzneubau. Einige Lösungsansätze sind mit erhöhten Risiken verbunden, insbesondere aufgrund der Schutzwürdigkeit des über 50-jährigen Gebäudes. Dieses Risiko muss noch vertieft geprüft und beurteilt werden. Gegebenenfalls sind hierzu zusätzliche Abklärungen mit den zuständigen Fachstellen notwendig. Auch eine vertiefte Analyse der Kosten ist erforderlich. Der Stadtrat beabsichtigt, zunächst eine bevorzugte Projektvariante zu bestimmen, die dem Gemeinderat zur Empfehlung unterbreitet werden soll. Die vielfältigen Herausforderungen – insbesondere technischer, wirtschaftlicher und denkmalpflegerischer Art – machen weitere vertiefte Abklärungen notwendig. In den kommenden Monaten sollen offene Fragen zur Schutzwürdigkeit geklärt, die Kostenanalysen weiter konkretisiert und bevorzugte Varianten festgelegt werden. Ziel ist es, dem Gemeinderat im Sinne einer koordinierten





Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
			Gesamtbetrachtung im ersten Quartal 2026 an derselben Sitzung eine tragfähige und abgestimmte Entscheidungsgrundlage für beide Vorlagen zu unterbreiten.
Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Stärkung der Selbstfinanzierung für eine umsichtige Finanzierung der Investitionen	27.01.2022	19.05.2022	Mit der Beratung des Berichts der Vorberatungskommission "Überarbeitung Mehrjahresplanung der Investitionen 2020-2031" wurde der Stadtrat beauftragt, die Eigenkapitalquote bis 2027 nicht unter 60 % fallen zu lassen sowie einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 70 % ab Budget bzw. Rechnung 2026 zu erreichen. Der Stadtrat erarbeitete eine Botschaft Massnahmenpaket zum Erhalt der Investitionsfähigkeit (ALÜ 3.0). Diese Massnahmen sollten zu einer Ergebnisverbesserung von CHF 16 Mio. führen. Der Gemeinderat lehnte die Botschaft an seiner Sitzung vom 5. September 2024 ab. Der Stadtrat wird nun eine Botschaft zur Auslegeordnung der finanziellen Situation der Stadt Chur dem Gemeinderat bis im Oktober 2025 vorlegen.
Auftrag Mario Cortesi und Mitunterzeichnende betreffend "Erhöhung der Produktionsmenge des Kraftwerks Chur-Sand"	06.10.2022	02.02.2023	Das Kraftwerk Chur-Sand hat seine Produktionskapazität erreicht. Eine Erhöhung der Produktionsmenge im Einzugsgebiet der Plessur ist nur durch eine zusätzliche Nutzung einer weiteren Kaskade möglich. Das Projektkonsortium Wasserkraft Plessur bestehend aus der Axpo, Arosa Energie und der IBC Energie Wasser Chur (IBC) hat daher entschieden, die Planungsaktivitäten für den Neubau eines Kraftwerks auf der Gefällsstufe der Plessur von Litzirüti bis Pradapunt wieder aufzunehmen. Mit der Energieproduktion des Kraftwerks Pradapunt von 42 GWh könnten rund 10'000 Haushalte mit erneuerbarem Strom versorgt werden. An der Urnenabstimmung vom 9. Februar 2025 haben die Stimmberechtigten von Arosa mit rund 90 Prozent Ja-Stimmen die Wasserrechtsverleihung für das geplanten Wasserkraftwerk Pradapunt genehmigt. Das Konzessionsgesuch wurde am 14. Februar 2025 dem Kanton eingereicht und ist zwischen 28. Februar 2025 und 31. März 2025 öffentlich aufgelegt. Am 31. März haben WWF und Pro Natura Einsprache erhoben. Das Konsortium rechnet mit dem Investitions- und Bauentscheid frühestens 2027. Nach einer rund dreijährigen Bauzeit wäre 2031 eine Aufnahme des Kraftwerkbetriebs möglich. Antrag auf Abschreibung.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Antrag GPK betreffend Sport- und Eventanlagen Der Stadtrat soll dem Gemeinderat Möglichkeiten zur besseren Nutzung der Anlage Badi Sand unterbreiten	21.11.2023	14.12.2023	Siehe Erläuterungen zum Antrag GPK betreffend Badi Sand, Erneuerung Badtechnik.
Auftrag Jean-Pierre Menge und Mitunterzeichnende betreffend Instandsetzung und Vermietung des Alten Stadtsitals	05.10.2023	01.02.2024	Im Bericht vom 9. Januar 2024 wurden verschiedene Entwicklungsmöglichkeiten für das Areal des alten Stadtsitals aufgezeigt. Der aktuelle Stand stellt sich wie folgt dar: Quartierplanentwicklung Für die Grundstücke Nrn. 2779, 4265 und 4782 besteht seitens der Montalin Immobilien AG konkretes Investoreninteresse. Die Stadtentwicklung hat bestätigt, dass ein Quartierplan erforderlich ist; die Einleitung befindet sich in Vorbereitung. Die Dienststelle IMBW hat mit der Montalin Immobilien AG eine Planungsvereinbarung ausgearbeitet und das bestehende Baurecht wurde in der Folge um fünf Jahre bis 2032 verlängert. Der Heimfall der Parzelle Nr. 4782 wird voraussichtlich im Jahr 2036 erfolgen. Projekt der PDGR Die Psychiatrischen Dienste Graubünden (PDGR) planen, das Areal für ein Betreuungskonzept ohne baulichen Erweiterungsbedarf zu nutzen. Im Jahr 2024 kam die PDGR jedoch zum Schluss, dass erforderliche Sanierungs- und Betriebskosten die kantonalen Finanzierungsrichtwerte für Wohnangebote für Menschen mit Behinderung übersteigen. Das Projekt wird daher nicht weiterverfolgt. Studentisches Wohnen durch die FHGR Die Fachhochschule Graubünden prüfte die Errichtung studentischer Wohngebäude auf dem Areal. Wegen hoher Investitionskosten und langer Planungsdauer verzichtet die FHGR auf eine bauliche Nutzung des alten Stadtsitals. Eine städtische Arbeitsgruppe wurde jedoch eingesetzt, um alternative Standorte für studentisches Wohnen in Chur zu prüfen. Sobald die genannten Punkte abschliessend bearbeitet sind und eine konkrete Lösung für das alte Stadtsital vorliegt, wird der Gemeinderat über den Stand der Entwicklung des Areals informiert.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betr. Verankerung des Ausländerstimm- und Wahlrechtes für Personen mit einer Niederlassungsbewilligung in der städtischen Gesetzgebung	11.04.2024	05.09.2024	Mit GRB.2025.16 wurde die Frist zur Einreichung der Botschaft bis zur Gemeinderatssitzung vom 13. November 2025 erstreckt. Die Botschaft befindet sich zurzeit in Bearbeitung.
Auftrag Tino Schneider und Mitunterzeichnende betreffend Revision der Verordnung über die Finanzkontrolle	20.06.2024	14.11.2024	Mit seinem Bericht vom 27. August 2024 kündigte der Stadtrat an, dass er aufgrund des anstehenden Legislaturwechsels und der geringen Dringlichkeit der Totalrevision dem Gemeinderat die Botschaft nicht vor 2026 vorlegen werde. Aufgrund der vakanten Leitung der Finanzkontrolle wurde bis jetzt nicht an der Botschaft gearbeitet.

**Departement Bildung Gesellschaft Kultur**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Antrag GPK: Prüfung der Wiedereingliederung der Aufgaben des regionalen Sozialdienstes in die städtischen Sozialen Dienste	24.11.2015	17.12.2015	Der Auftrag Degiacomi betreffend "Organisation und Finanzierung der Sozialhilfe im Grossen Rat" wurde an der Augustsession 2020 vom Grossen Rat an die Regierung überwiesen. Am 13. Dezember 2023 hat die Regierung von den Umsetzungsempfehlungen des kantonalen Sozialamtes zum Schlussbericht der Ostschweizer Fachhochschule vom 20. Januar 2023 Kenntnis genommen. Die Zuständigkeiten bei der persönlichen Sozialhilfe sollen geprüft werden. Es liegen drei Varianten vor. Das Kantonale Sozialamt informierte am 19. Februar 2025 anlässlich einer Gemeindeveranstaltung über die Bearbeitung dieses Auftrages und führte Workshops durch. Der aktuelle Stand wird online dokumentiert: https://www.gr.ch/DE/institutionen/verwaltung/dvs/soa/beratung/sozialpolitik/Seiten/default.aspx Der Stadtrat wartet die Beratung im Grossen Rat ab, weil ein Alleingang der Stadt vor Bekanntwerden der kantonalen Rahmenbedingungen unabsehbare Konsequenzen haben könnte.
Auftrag Walter Hegner und Mitunterzeichnende betreffend Gesundheitliche Grundversorgung der Stadt Chur - Hausärztinnen / Hausärzte	20.06.2019	05.03.2020	Der Auftrag Hegner wurde an der Gemeinderatssitzung vom 17. November 2022 im Rahmen der Botschaft Umsetzung Alterskonzept 2025, Schwerpunkte, behandelt. Der Stadtrat bearbeitet das Thema auf verschiedenen Ebenen. Am 14. April 2023 wurde eine neue Praxisgemeinschaft in Chur, das Medizinische Center Scaletta, eröffnet. Damit ist ein nächster Schritt zur Sicherung der Grundversorgung in Chur durch Hausärztinnen und Hausärzte erfolgt. Mit den Churer Hausärzten fand am 15. Januar 2024 ein Treffen statt. Dabei wurde auch die Sicherstellung der Grundversorgung thematisiert. Das Treffen soll alle zwei Jahre stattfinden. Die Einrichtung einer regionalen Koordinationsstelle ist von der Präsidentenkonferenz Plessur am 17. Mai 2023 als eine von drei Stossrichtungen gutgeheissen worden. Die Arbeit wurde aufgenommen. Am 31. Januar 2024 hat der Kanton informiert, dass er den Aufbau regionaler Beratungsstellen fördern will. Sie sollen unter anderem die ambulante Versorgung sichern. Das kantonale Rahmenkonzept dazu wird nun in die Arbeit der Region einfließen. Mit der Entwicklung von Chur West ergibt sich insbesondere im Teilgebiet E beim neuen Bahnhof interessante Möglichkeiten auch in diesem Stadtteil ein Ärztezentrum zu eröffnen und die hausärztliche Versorgung der Churer Bevölkerung weiter zu stärken. Von Seiten möglicher Anbieter wurde dazu grundsätzliches Interesse signalisiert.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
			In der vom Stadtrat am 15. Februar 2024 beauftragten Totalrevision des Churer Altersgesetzes wird die Aufnahme von Bestimmungen zur Unterstützung der Hausärzteschaft geprüft.
Auftrag Xenia Bischof und Mitunterzeichnende betreffend inclusive Gesellschaft in Chur, insbesondere das Stimm- und Wahlrecht für alle Bürger*innen der Stadt Chur, unabhängig von der geistigen und körperlichen Benachteiligung	18.11.2021	10.03.2022	Im bisherigen Bericht des Stadtrates wurde aufgezeigt, dass Personen mit leichter bis schwerer geistiger Beeinträchtigung nicht von der Ausübung des Stimm- und Wahlrechts ausgeschlossen sind. Das wesentliche Anliegen des Auftrags ist damit bereits erfüllt. Im Budget 2024 sind 10 Stellenprozente für eine/n städtische/n Beauftragte/n Inklusion gutgeheissen worden. Die 10 Stellenprozente werden seit 1. Januar von einer Fachperson, der Beauftragten für Suchtfragen und Inklusion besetzt. Noch pendent ist die Ausarbeitung eines Berichts durch den Inklusionsbeauftragten über zusätzliche Massnahmen, um Hindernisse abzubauen oder Menschen mit Beeinträchtigung bei der politischen Partizipation oder Teilhabe gemäss Behindertenintegrationsgesetz (BehiG) und UNO-Behindertenrechtskonvention (UNO-BKR) zu unterstützen. Dabei soll mitberücksichtigt werden, dass im Rahmen der Special Olympics World Winter Games 2029 Bundesgelder für nachhaltige Inklusionsprojekte im Sport geltend gemacht werden können.
Auftrag Mitte-Fraktion, FDP-Fraktion, GLP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend finanzielle Entlastung der Churer Sportvereine	22.06.2023	05.10.2023	Am 23. Januar 2024 hat der Stadtrat die Abteilung Sport beauftragt, ein Sportpolitisches Konzept 2.0 mit neuen Massnahmen für die nächsten Jahre zu erstellen und gleichzeitig den gemeinderätlichen Auftrag zu bearbeiten. Die Botschaft mit dem Sportpolitischen Konzept 2.0 soll im Herbst 2025 dem Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt werden. Darin beantragt werden darüber hinaus Massnahmen zur Entlastung der Churer Sportvereine, zur Verstärkung der Sportförderung sowie zur Verbesserung der Auslastung der Infrastrukturen.
Auftrag Hanspeter Hunger und Mitunterzeichnende betreffend Trägerschaft Gewerbliche Berufsschule Chur (GBC)	11.04.2024	05.09.2024	Der Stadtrat genehmigte am 26. November 2025 den Projektauftrag zur Überprüfung der Trägerschaft GBC und löste die erforderlichen Arbeiten aus. Die Projektsteuerung (Giancarlo Weingart, Armin Blumenthal, Patrik Degiacomi) ist daran, die Varianten der Trägerschaften mit Nutzwertanalysen unter Klärung der Strategie und Beteiligung eines Soundingboards zu erarbeiten. Daraus sollten zwei bis max. drei Varianten priorisiert und vertieft geprüft werden. Das Resultat soll dem Berufsschulrat und im Anschluss dem Stadtrat in einer Botschaft zuhanden des Gemeinderats zur Kenntnis gebracht werden.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
			Eine kritische Beurteilung verschiedener Varianten ist nicht nur aus finanzieller Sicht der Stadt Chur wichtig, sondern insbesondere auch im Hinblick für die Sicherung des Standortes der GBC in Chur. Weitere Kriterien betreffen die Stärkung der Berufsbildung in Graubünden und die Auswirkungen einer möglichen Trägerschaft auf eine möglichst optimale Zusammenarbeit der drei Lernorte Ausbildungsbetrieb, Verbände (ÜK) und Berufsschule. In der Projektabwicklung beachtet der Stadtrat die Schnittstelle zur Sanierung und Erweiterung des GBC-Campus in besonderem Masse. Die Priorität liegt gerade im Hinblick auf die Sicherung des Standorts der GBC in Chur auf letzterem Projekt und nicht auf der Frage der Überprüfung der Trägerschaft. Der im Bericht des Stadtrates genannte Termin für eine Botschaft im September 2025 kann deshalb nicht eingehalten werden. Antrag auf Fristerstreckung bis September 2026.
Auftrag Vorberatungskommission PVO betreffend Pflichten Klassenlehrpersonen	05.09.2024	10.04.2025	Der Auftrag wurde im Sinne der Erwägungen des Stadtrates überwiesen. Der Stadtrat wird noch in diesem Jahr eine finanzpolitische Auslegeordnung vornehmen und diese dem Gemeinderat zusammen mit Vorgehensvorschlägen zur Kenntnis bringen. Auch wenn die Teilrevision des kantonalen Schulgesetzes ab Schuljahr 2025/2026 eine massgebliche finanzielle Entlastung für die Stadtschule mit sich bringt, soll eine endgültige Beurteilung der Finanzierbarkeit des Antrages der VBK PVO erst dann vornehmen, wenn diese Auslegeordnung vorliegt. Der Stadtrat beabsichtigt, dem Gemeinderat voraussichtlich im Herbst 2025 eine separate Botschaft vorzulegen. Die Vorlage untersteht gemäss aktueller Einschätzung des Stadtrates dem obligatorischen Referendum.
Auftrag Vorberatungskommission PVO betreffend Entschädigung Kindergartenlehrpersonen	05.09.2024	10.04.2025	Der Auftrag wurde im Sinne der Erwägungen des Stadtrates überwiesen. Erst am 17. April 2025 erhielt nun die Stadtschule eine erste Mitteilung über die Umsetzung der kantonalen Teilrevision des Schulgesetzes. Der dazu massgebende Regierungsbeschluss traf erst am 28. April 2025 bei der Stadt ein. Für die Stadtschule bedeutet der kantonale Entscheid, dass das aktuelle Modell der Stadtschule im Kindergarten mit zwei Nachmittagen (einmal Grosse, einmal Kleine) nicht fortgeführt werden kann. Gemäss Regierungsbeschluss erhalten die Schulträger jedoch Zeit die neue Lektionentafel bis August 2026 einzuführen.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
			Es gibt mehrere Möglichkeiten, wie die kantonale Lektionentafel umgesetzt werden kann. Die Frage der Pflichtpensen der Klassenlehrpersonen beeinflusst die Wahl jedoch massgebend. Der Stadtrat ist daher zur Überzeugung gelangt, dass zuerst diese Frage geklärt werden muss, bevor entschieden werden kann, wie die kantonale Lektionentafel umgesetzt werden kann. Dies bedeutet, dass zur Weiterbearbeitung dieses Auftrages der Volksbeschluss betreffend die Klassenlehrpersonen abgewartet werden muss. Ein solcher könnte frühestens am 8. März 2026 angesetzt werden. Der im Bericht des Stadtrates genannte Termin für die Botschaft vom Oktober 2025 kann aus diesen Gründen nicht eingehalten werden. Antrag auf Fristerstreckung bis November 2026.
Auftrag Walter Hegner und Mitunterzeichnende betreffend Einführung eines Handyverbots in der Stadtschule Chur	05.09.2024	10.04.2025	Die geltende Regelung im Umgang mit privaten digitalen Geräten (auf dem Schulareal nicht sichtbar und nicht hörbar) hat nach wie vor ihre Gültigkeit und wir im Allgemeinen gut eingehalten. Für die Bearbeitung des Auftrages orientiert sich der Stadtrat an vielfach gemachten Erfahrungen andernorts: je besser eine Regelung akzeptiert wird und bekannt ist, desto besser wird sie auch eingehalten. Die Bearbeitung des Auftrags ist aufgegleist. Sie beinhaltet den Miteinbezug einer Auswahl von rund 3'600 Kindern und Jugendlichen sowie von 7'000 Erziehungsberechtigten und rund 420 Lehrpersonen und weiteren Mitarbeitenden. Dieser Prozess dauert voraussichtlich bis über den Jahreswechsel 2025/2026 hinaus. Die Botschaft dürfte im April oder Mai 2026 in den Gemeinderat kommen. Antrag auf Fristerstreckung bis Mai 2026.

**Departement Bau Planung Umwelt**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Postulat Sandro Steidle und Mitunterzeichnende betreffend Massnahmen gegen die Lärmbelastung durch die A13	06.03.2008	19.06.2008	Die Tiefbaudienste haben mit Schreiben vom 5. Februar 2024 das ASTRA auf die pendenten Lärmsanierungsmassnahmen auf der Stadtstrecke A13 hingewiesen. Mit Schreiben vom 22. März 2024 hat das ASTRA mitgeteilt, dass folgende Massnahmen unter Berücksichtigung des Planungshorizontes geprüft werden: Lärmarme Fahrbahnbeläge, Lärmschutzwände und Lärmschutzwälle, andere Massnahmen wie zum Beispiel Geschwindigkeitsreduktion. Ziel ist es, eine möglichst umfassende Senkung der Lärmimmissionen und des Immissionsgrenzwertes zu erreichen. Das ASTRA wird in den nächsten drei Jahren mit der Projektierung der Unterhaltsarbeiten starten. Die Projektierung dauert bis zur Realisierung 5 - 10 Jahre und somit kann nach heutigem Stand mit einer Umsetzung im Zeitraum von 2030 - 2035 gerechnet werden.
Auftrag BDP und Mitunterzeichnende zur Verkehrsverflüssigung beim Anschluss Chur Nord	07.06.2012	12.09.2012	Im Zusammenhang mit der Mobilitätsstrategie 2030 wird im 2025 der Standbericht und das Weissbuch zu Verkehr und Mobilität gemäss Mobilitätsstrategie Chur 2030 vorgelegt. Danach wird das MSC 2040 vertieft ausgearbeitet und dem Gemeinderat im 2026 zur Kenntnis vorgelegt. Betreffend Anschluss Chur Nord mit dem ASTRA und dem TBA GR (Strasseneigentümer Masanserstrasse und Haldensteinstrasse) wurden Projektabklärungen mit dem MSC 2030 geprüft. Gemäss Aussage ASTRA als Eigentümerin des Knotens Chur Nord besteht im Moment kein Handlungsbedarf. Diese Haltung wird vom TBA GR unterstützt. Ausgenommen sind kleinere Optimierungseingriffe.
Auftrag CVP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend verdichtetes Bauen in Chur	30.01.2014	10.04.2014	Das Thema verdichtetes Bauen fliesst in die Revision der Grundordnung ein, welche am 7. April 2022 durch den Gemeinderat beschlossen wurde. Für die Gemeinderatssitzung vom 19. Juni 2025 ist die Behandlung der Botschaft Revision Grundordnung (Phase 1) vorgesehen.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Oliver Hohl und Mitunterzeichnende zur Überarbeitung des Gesetzes über die Abwasseranlagen	18.05.2017	14.12.2017	In der Antwort des Stadtrates zur Interpellation FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend "Kostendeckende Abwassergebühren führen zu hohen Ertragsüberschüssen" vom 26. November 2019 wurde folgendes festgehalten: Die Gebühren sollen nicht alle Jahre neu festgesetzt, sondern über eine Zeitspanne von rund fünf Jahren belassen werden und danach überprüft werden. Demzufolge werden die Tiefbaudienste im Herbst 2026 eine entsprechende Botschaft dem Gemeinderat vorgelegen. Wie der Stadtrat jedoch aufgezeigt hat, ist aufgrund der künftigen erheblichen Investitionen eine Senkung der Benutzungsgebühr verfrüht. Die ausstehenden Grossprojekte sind Neubau Rechengebäude und Einlaufbauwerk (Fr. 4.5 Mio. im 2023/2024), 4. Reinigungsstufe Mikroverunreinigung (Fr. 22 Mio. im 2026/2027/2028), Optimierung Energiegewinnung Biogas IBC/AXPO 2026/2027, Ersatz TRAC (Fr. 26 Mio. im 2035).
Auftrag FDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Abänderung des Baugesetzes der Stadt Chur	16.11.2017	12.04.2018	Das Thema Baugesetz fliesst in die Revision der Grundordnung ein, welche am 7. April 2022 durch den Gemeinderat beschlossen wurde. Für die Gemeinderatssitzung vom 19. Juni 2025 ist die Behandlung der Botschaft Revision Grundordnung (Phase 1) vorgesehen.
Auftrag Urs Rettich und Mitunterzeichnende betreffend Verhandlung mit dem Kanton Graubünden für Lärmschutzmassnahmen an der Umfahrungsstrasse Sommerau-Rosenhügel (Umfahrung Süd)	02.09.2021	10.03.2022	Das Projekt Linksabbieger Rosenhügel, respektive das Vorprojekt wurde vom Stadtrat im März 2024 freigegeben. Mitte August 2025 wird das Bauprojekt vom TBA GR öffentlich aufgelegt und darin enthalten sind auch Aussagen betreffend Lärmwerten oder Lärmschutzmassnahmen auf der Südumfahrung. Ziel von Seiten Stadt ist es, mit dem Projekt Linksabbieger Rosenhügel durchgehend eine Lärmschutzwand zu erstellen.
Auftrag Fraktion Freie Liste Verda und Mitunterzeichnende betreffend Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzonungen	16.12.2021	07.04.2022	Das Thema Mehrwertausgleich bei Auf- und Umzonungen fliesst in die Revision der Grundordnung ein, welche am 7. April 2022 durch den Gemeinderat beschlossen wurde. Für die Gemeinderatssitzung vom 19. Juni 2025 ist die Behandlung der Botschaft Revision Grundordnung (Phase 1) vorgesehen.



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Bericht Stadtrat
Auftrag Mitte-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Aufhebung des Gesetzes für einen menschen- und umweltfreundlichen Stadtverkehr im Rahmen der Revision der Grundordnung	25.05.2023	07.09.2023	Das Thema fliesst in die Revision der Grundordnung ein. Für die Gemeinderatssitzung vom 19. Juni 2025 ist die Behandlung der Botschaft Revision Grundordnung (Phase 1) vorgesehen.
Auftrag Tino Schneider betr. Massnahmen des "Aktionsplans Wohnungsknappheit" für die Stadt Chur	07.03.2024	20.06.2024	Wie im Bericht zum Auftrag festgehalten, soll eine Wohnraumstrategie erarbeitet werden. Gemäss Botschaft zu den departementsübergreifenden Legislaturzielen 2025-2028, welche an der Gemeinderatssitzung vom 10. April 2025 behandelt wurde, ist die Wohnraumstrategie als Entwicklungsschwerpunkt ES 5.1 "Wohnraumstrategie erarbeiten" vorgesehen.

**Stadtrat**

Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Zuständigkeit	Bericht Stadtrat
Antrag GPK: Die GPK empfiehlt für die neue Legislatur 2025-2028 departementsübergreifende Legislaturziele zu erarbeiten und dem Gemeinderat im 1. Quartal 2025 zur Kenntnis zu bringen	21.11.2023	14.12.2023	Stadtpräsident Hans Martin Meuli	Die Botschaft Departementsübergreifende Legislaturziele 2025–2028 wurde vom Gemeinderat anlässlich der Sitzung vom 10. April 2025 zur Kenntnis genommen. Antrag auf Abschreibung.
Anträge der GPK zur Bergbahnen Chur-Dreibündenstein AG - Corporate Governance - Projektkostenentwicklung - Zusätzliche Eigenmittel	26.05.2023	22.06.2023	Hans Martin Meuli	Am 22. Juni 2023 hat der Gemeinderat den Auftrag GPK zur Rechnung 2022 an den Stadtrat überwiesen. Die Themen des GPK-Auftrags beinhalten Fragen zur Corporate Governance, zu Kostenevaluierungen und -schätzungen sowie zur Beschaffung der Fr. 2.0 Mio. Reserve. Ausserdem hat die GPK den Stadtrat beauftragt, Lösungsansätze betreffend weiteres Vorgehen aufzuzeigen, welche auf Varianten basieren dürfen. Der Stadtrat hat im August 2023 einen externen Prüfungsbericht zur Kostenevaluation in Auftrag gegeben und in einer Zusatzvereinbarung vom 4. Dezember 2023 die Corporate Governance Grundsätze vertraglich mit der BCD AG festgehalten. Zusätzlich fand eine Sitzung mit der GPK am 13. Dezember 2023 betreffend Zwischenbericht und Informationen zum Entwurf des Prüfungsberichts inkl. weiterer Vorgehensweise und möglichem Zeitplan statt. Anlässlich der Gemeinderatssitzung vom 7. März 2024 wurde der Auftrag Cortesi und Mitunterzeichnende betreffend "Brambrüesch-Alternative "Nur Ersatz 4er-Gondelbahn (obere Sektion), welcher im Zusammenhang mit den GPK-Aufträgen steht, vom Gemeinderat abgelehnt. Mit der Ablehnung dieses Auftrags konzentriert sich der Stadtrat ausschliesslich auf die Bearbeitung des Auftrags der GPK. Auf Basis des bisherigen Volksentscheids zur Direktverbindung wird die Botschaft die Kostengenauigkeit präzisieren sowie Fragen zur Finanzierung und Kapitalbeschaffung durch die BCD AG beantworten. Der Stadtrat hat die BCD mit den entsprechenden Arbeiten (Kostengenauigkeit +/- 10 %, vertiefte Klärung von weiteren Fragen zur Kostengenauigkeit, Aufzeigen von



Vorstoss	Eingang	an Stadtrat überwiesen	Zuständigkeit	Bericht Stadtrat
				zusätzlichem Optimierungs- und Einsparpotential, Beschaffung weiterer Finanzmittel wie AK-Erhöhung) beauftragt. Seitens der Stadt besteht zur Erhöhung der Kostensicherheit ebenfalls noch weiterer Klärungsbedarf (Tiefgarage, Überfahrtsrechte, Archäologie etc.). An der GR Sitzung 22. Mai 2025 wurde dem Gemeinderat Bericht zum GPK Auftrag erstattet und die weitere Vorgehensweise eingeholt. Der Punkt Corporate Governance und Projektkostenentwicklung kann als erledigt angesehen werden. Die zusätzlichen Eigenmittel und die notwendige zusätzliche Finanzierung werden in einer weiteren Botschaft bearbeitet. Der Stadtrat wurde an der Gemeinderatssitzung vom 22. Mai 2025 einstimmig beauftragt, eine Gesamtbotschaft für ein allfälliges Grundstücksgeschäft zur Sicherung der Überfahrtsrechte der Brambrüeschbahn sowie mit einer umfassenden Gesamtkosten- und Finanzierungsübersicht (inkl. Landgeschäfte) als Grundlage für eine zweite Volksabstimmung zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen. Ein allfälliges Grundstücksgeschäfts soll nur unter der Bedingung einer positiven zweiten Volksabstimmung (voraussichtlich März 2025) vollzogen werden. Weiter wurde der GPK Auftrag noch nicht abgeschrieben aufgrund der Thematik der zusätzlichen Eigenmittel.

Aktenauflage: Hängige Vorstösse

Chur, 27. Mai 2025